

## **Solidarität mit den polnischen Frauen\***



**Aufruf zur  
Protestaktion  
am Samstag,  
06. März 2021  
Treffpunkt 14:00 Uhr  
Frauen\* Streikzelt  
Sebalder Platz**

### **Für das Recht auf legale Abtreibung!**

Seit Jahren kämpfen Frauen\* in Polen um ihr Recht auf Abtreibung. Im letzten Oktober hat das Verfassungsgericht entschieden, dass Schwangere auch dann ein Kind austragen müssen, wenn eine schwere Behinderung vorliegt oder das Kind tot geboren würde. Schon zuvor hatte Polen eines der restriktivsten Abtreibungsgesetze der Welt. Jetzt wird es nochmal verschärft. Abtreibungen sind somit nur noch legal, wenn eine gesundheitliche Gefahr für die Mutter besteht oder nach einer Vergewaltigung. Das ist faktisch nahezu ein totales Verbot von Schwangerschaftsabbruch. In der Konsequenz müssen viele Frauen\* jetzt illegal abtreiben oder ins Ausland fahren.

Verantwortlich für diesen Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen\* über ihren Körper ist die regierende autoritäre PiS-Partei und die katholische Kirche.

In Polen wie in Deutschland sind es reaktionäre patriarchale Kräfte, die das Verbot von Abtreibungen beschließen und durchsetzen. Sie werden unterstützt durch sogenannte Lebensschützer\*innen. Doch wessen Leben wollen sie schützen? Es geht ihnen nicht um Inklusion, Selbstbestimmung, gesundheitliche Versorgung oder Unterstützung von Müttern und Kindern. Es geht ihnen vielmehr um Machterhalt, Durchsetzung religiöser Dogmen und die Verteidigung eines konservativen, patriarchalen Familienbildes.

## **Solidarität mit den polnischen Frauen\***

Nicht nur in Polen, sondern auch in Deutschland ist eine Abtreibung nach Paragraph 218 des Strafgesetzbuches eine Straftat. Schwangerschaftsabbruch wird kriminalisiert. Jahrzehnte feministischer Kämpfe haben dazu geführt, dass eine Abtreibung unter bestimmten Bedingungen nicht strafbar ist. Nach wie vor gibt es kein Recht auf Selbstbestimmung über unseren Körper.

Die Folge davon ist:

- Dass viele Ärztinnen und Ärzte Angst haben, kriminalisiert zu werden, wenn sie einen Abbruch vornehmen.
- Dass es in manchen Regionen sehr schwer ist, eine Ärztin, einen Arzt zu finden. Es sind weite Wege notwendig, um eine Praxis zu erreichen die bereit ist, Abbrüche durchzuführen.
- Dass Schwangerschaftsabbrüche kein Teil der regulären medizinischen Ausbildung sind.
- Dass Information zum Thema Schwangerschaftsabbruch als Werbung für eine Straftat kriminalisiert wird. Vor kurzem wurde die Ärztin Kristina Hänel für diese Straftat verurteilt und zieht nun vor das Bundesverfassungsgericht.
- Dass die Krankenkassen nur in Ausnahmefällen die Kosten tragen.

In Polen und in Deutschland üben Staat und Kirche also Gewalt über die Körper von Frauen\* aus. International ist die Situation zum Teil noch dramatischer. In manchen Ländern ist Abtreibung auch dann verboten, wenn es sich um eine Vergewaltigung handelt oder das Leben der Frau\* durch die Schwangerschaft bedroht ist. Frauen\* werden wegen illegaler Abtreibung zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. So gehören auch 2021 unsichere Abtreibungen zu den häufigsten Todesursachen bei Frauen\*.

Weltweit formiert sich Widerstand. Ob in Argentinien, Kenia oder Indien - es gibt eine große feministische Bewegung, die für das Recht auf Abtreibung kämpft. Und es geht um mehr, in Polen, Deutschland und überall:

**Strajk Kobiet! Mein Körper – meine Entscheidung!**



**Kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat!**

Eine Aktion im Rahmen der Feministischen Streiktage zum Internationalen Frauen\*Kampftag am 8. März 2021 - FLINTA\*Komitee, 8. März Bündnis u.v.a.

Frauen\*Kollektiv Feministische Perspektiven <https://feministische-perspektiven.de/>